

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 7

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RECHTSSTAAT ODER POLIZEISTAAT?

Die Versuche zur Zerstörung der *Rechtsbasis* in der Bundesrepublik Deutschland haben in diesem Jahr ein Ausmass angenommen, das zwar nicht die Grundfesten des Staates erschüttert, aber immerhin die Demokratie und ihre Institutionen einer Zerreissprobe aussetzt, deren Ende nicht abzusehen ist. Wie soll der Rechtsstaat auf die Herausforderung durch den Terrorismus reagieren? Die Frage ist so alt wie der Terror selbst; sie konnte bis jetzt keine befriedigende Lösung finden. Jedermann weiss, was auf dem Spiele steht, vorläufig jedoch, so scheint es, bleibt nichts anderes übrig als die ohnmächtige Klage über eine Eskalation des Grauens, in welcher jede Drehung der Spirale neue Schrecknisse birgt.

Und doch ist durch die Intensivierung des Terrors in Westdeutschland einiges in Bewegung geraten, und zwar sowohl im moralischen wie im juristischen und im politischen Bereich. *Moralisch*: Die Terroristen haben sich nun endgültig demaskiert; damit bröckelt aber wohl endlich jene Unterstützung durch eine unbelehrbare Gruppe von Sympathisanten ab, welche stets bereit waren, nach Erklärungen und Entschuldigungen zu suchen, um den kriminellen Charakter des Terrors zu kaschieren und ihm ein ideologisch-idealistisches Mäntelchen umzuhängen. Jetzt dürfte auch der Verblendete einsehen, welchen verbrecherischen Kräften eine blauäugige Einfalt Stimme und Unterstützung gegeben hat. Mit dem Auseinanderbrechen und Verstummen der Sympathisanten aber beginnt ein Pfeiler

zu zerfallen, auf den sich der Terrorismus bisher hat stützen können.

Juristisch: Es wird, so scheint es zumindest, endlich ernst gemacht mit den Vorsätzen, neue *gesetzliche Grundlagen* zu schaffen, um dem Terror nicht nur wirksamer als bisher begegnen zu können, sondern auch die Sühne begangener Straftaten nicht mehr zur Farce werden zu lassen. Der Boden der Rechtsstaatlichkeit braucht deshalb nicht verlassen zu werden; es heisst lediglich, dass nun die schon längst erkannten Lücken der Gesetzgebung gefüllt werden. Nach wie vor bleibt es eine der vornehmsten Aufgaben des Staates, als höchstes Gut die *Menschenwürde* zu achten und zu schützen. Dieser Anspruch gilt für alle, selbst für die kriminellen Elemente, die mit Maschinenpistolen und Handgranaten gewaltsam die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung umstürzen wollen. Aber deren lautes Geschrei, mit welchem sie für sich selbst Rechte reklamieren, die sie andern gnadenlos verweigern wollen, darf nicht den Blick trüben für jene, welche ebenso Anrecht auf Schutz und Hilfe haben: die unschuldigen *Opfer* der Terroristen. Auch der Rechtsstaat muss die Möglichkeit haben, sich kraftvoll zu verteidigen, sonst droht er in seiner Hilflosigkeit zum Gespött zu werden.

Politisch schliesslich: Der Terrorismus hat die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik für den Augenblick zumindest zu einer über alle Parteien hinwegreichenden *Einheit* zusammengefügt. Regierung wie Opposition

sind durch die Gewaltakte gleichermaßen betroffen und können sich in dieser Situation nicht «auseinanderdividieren» lassen. Die *Gemeinschaft des Zieles* ist eindeutig – beide Seiten müssen bestrebt sein, dass die notwendige Sicherung des Rechtsstaates nicht in polizeistaatliche Formen ausartet. Das mag nur eine vorübergehende *Parallelität* der beiderseitigen Interessen sein; mög-

licherweise aber gehen von ihr Impulse aus, die zu einer Festigung des demokratischen Bewusstseins in der Bundesrepublik führen. In diesem Falle hätten die Terrorakte wenigstens einen, wenn auch von ihren Urhebern ungewollten, zukunftsweisenden Aspekt.

Alfred Cattani

FALSCH PRIORITÄTEN

Einer unserer höchsten Magistraten hat kürzlich darauf hingewiesen, dass die Zeit des Wahlfiebers – und damit der Blockierung der üblichen Entscheidungsmechanismen – immer länger werde: Früher sei man stillschweigend übereingekommen, in den letzten sechs Monaten vor eidgenössischen Wahlen auf die Behandlung politisch brisanter Parlamentsgeschäfte zu verzichten, um der Versuchung von allzu taktischen Entscheiden zu entgehen; heute aber stehe man vor der Tatsache, dass die politische Szene bereits zwei Jahre vor dem nächsten Wahlherbst parteitaktisch «verfremdet» erscheine.

In der Tat kommt man nicht um die Feststellung herum, dass verschiedene Parteien und Fraktionen bereits jetzt so sehr auf die «Erstellung der Wahlbereitschaft» konzentriert sind, dass das normale politische Gespräch ernsthaft behindert erscheint. Wenn bei der Beurteilung der Frage, wann eine Neuaufgabe der Mehrwertsteuer zur Abstimmung gelangen sollte, das Wahljahr 1979 die Diskussionen massgebend geprägt hat, so ist dies zwar angesichts der grossen sachlichen und politischen Tragweite des Problems noch verständ-

lich. Wenn aber – wie es nun den Anschein macht – auch die Alternativen in Form von kurzfristigen Übergangsprogrammen zwischen den Mühlsteinen der Parteitaktik zerrieben werden sollen, dann wird man von einer fatalen und unserer Demokratie unwürdigen Situation sprechen müssen.

Dass die Sozialdemokratische Partei sich in diesem fragwürdigen Rahmen besonders «profilert», kommt allerdings nicht gerade überraschend. Sie hatte schon letztes Jahr mit einem wahltaktisch angelegten Pokerspiel im Zusammenhang mit dem Abstimmungstermin für die Reichtumssteuer-Initiative begonnen, auf das Bundesrat und bürgerliche Bundesratsparteien eingegangen waren – mit dem Ergebnis, dass gegenwärtig innerhalb der Bundesratsparteien ein sachbezogenes Gespräch über die Finanzpolitik überhaupt nicht möglich ist.

Durch die sozialdemokratische Erklärung, erst nach der Abstimmung vom 4. Dezember wieder verhandlungsbereit zu sein, wird die Lösung der Sachfragen nicht nur verzögert, sondern in einen schiefen Zusammenhang gebracht. Denn die sozialdemokratische

Steuerinitiative bietet auch durch die rötteste Brille betrachtet keine konstruktiven Elemente, die aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszuführen vermöchten. Wohl aber bringt sie Emotionen ins Spiel, die bestenfalls Wählerpotentiale mobilisieren und in Teilen von einzelnen bürgerlichen Parteien Verwirrung stiften können.

Hier stellt sich die Frage, wo denn eigentlich die Prioritäten von Regierungsparteien zu liegen haben. Ist es noch systemkonform, wenn eine Bundesratspartei die sachliche Diskussion wichtigster Landesfragen aus rein parteiegoistischen Motiven ganz einfach für längere Zeit boykottiert? Wo kämen wir hin, wenn alle Regierungsparteien so handeln würden? Es ist durchaus

möglich, dass die wahltaktische Rechnung der SP aufgehen wird. Bezahlt aber wird sie durch unsere Demokratie als Ganzes. Denn da wird ein Spiel inszeniert, das Wasser auf die Mühle jener ist, welche in der Politik unseres Landes ohnehin nur noch eine Summierung von mehr oder weniger undurchsichtigen partei- und interessenpolitischen Machenschaften sehen. Politik im wahren Sinn des Wortes ist nur dann möglich, wenn bei allen Gegensätzen bestimmte Grundregeln allgemeine Gültigkeit haben. Wir stehen gegenwärtig vor der Tatsache, dass einzelne dieser Grundregeln vorsätzlich gefährdet werden.

Richard Reich

ANHALTENDE VERWIRRUNG IN DER FINANZPOLITIK

Der 12. Juni brachte ein Nein zum Finanzpaket. Dieser Entscheid des Souveräns war für alle, die die finanzpolitische Szenerie mit einiger Aufmerksamkeit verfolgten, in Rechnung zu stellen. Keine Überraschung also. Die Frage: «Was nun?», stellte sich bereits im Vorfeld des 12. Juni. Eine *erste Antwort* hat nun der Bundesrat formuliert und vor kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das neue Finanzpaket beinhaltet einen «Drei-Stufen-Plan»: kurzfristige Massnahmen im Blick auf eine Verbesserung der Finanzrechnung des Bundes 1978; sodann im kommenden Jahr ein neuer Rückgriff auf die Wust, damit eine spürbare Korrektur auf der Einnahmenseite; und schliesslich – drittens – die Erarbeitung eines neuen Reformkonzepts, in das eine Neugliederung der Aufgabentei-

lung zwischen Bund und Kantonen sowie die Mehrwertsteuer eingepackt werden soll.

Diese Strategie trägt – etwas anderes war nicht zu erwarten – den Stempel des *Kompromisses*, eines Kompromisses jedoch, der, zumindest was die erste Stufe anbetrifft, wenn auch nicht optimal, so doch als akzeptabel qualifiziert werden kann. Trotzdem ist er, kaum wurde er publik, auch schon in den Mühlen der Interessenpolitik zerhackt worden. Was sind die Gründe dieser Taktik?

Man wird wohl kaum behaupten wollen, der Bundesrat habe in den vergangenen Jahren auf dem finanzpolitischen Parkett sehr glücklich operiert. Und man wird noch weniger behaupten wollen, er habe sich in dieser Domäne durch überlegene Führungsquali-

täten ausgezeichnet. Offensichtlich hat die oberste Landesbehörde selbst Mühe, einen tragbaren Konsens zu finden. Es ist das Schicksal einer Koalitionsregierung, dass sie sich mit dem Meinungsspektrum konfrontiert sieht, wie es in der Parteienlandschaft vorherrscht.

Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass sich die «politische Basis» ermuntert fühlt, diese Führungsschwäche für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Der finanzpolitische Kleinkrieg ist von neuem ausgebrochen. Das alte – und wenig erhebende – Schauspiel ist in einen neuen Akt getreten. Und die Akteure setzen sich mit einer Verbissenheit ein, die das Zusammenspiel der Bundesratsparteien wieder einmal auf die Probe stellt, die jedenfalls einer bessern, lies: grundsätzlicheren Sache würdig wäre. Wenn die Emotionen bei einem Finanzpaket, das

den Charakter von Übergangsmassnahmen aufweist, derart aufgewirbelt werden, so braucht es keine grosse Phantasie, um sich das Seilziehen bei – später auszutragenden – Auseinandersetzungen mehr grundsätzlicher Art vorzustellen.

Die Träger der Finanzpolitik scheinen immer mehr zu übersehen, dass der Bürger, der seinen Entscheid an der Urne zu fällen hat, diesen Eiertanz mit zunehmender Verständnislosigkeit verfolgt. Er vermisst bei aller Einsicht in die Beweggründe der Meinungsvielfalt die Bereitschaft und den Willen, das schlingernde Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Liegt in diesem Sachverhalt nicht ein wesentlicher Grund dafür verborgen, dass er sich im Stimmlokal ungnädig zeigt?

Willy Linder



Polstermöbel sind Vertrauenssache

In unserer Wohnausstellung zeigen wir Ihnen eine erlesene Vielfalt der schönsten Modelle. Ein Besuch lohnt sich!

KNUCHEL + KAHL AG

Möbel und Innenausbau

Innenarchitektur – Möbel- und Bauschreinerei – Polsterei – Nähatelier

8001 Zürich, Rämistr. 17, Tel. (01) 34 53 53